

16. SEP



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/XV/212 - 16. September 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831 - 33

Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>"Chudak" Brandt</u> Wo sich Extreme berühren	42
1a	<u>Bürger-Krieger</u> Zu den Malikowski-Euthyllungen	25
2 - 3	<u>Nigeria wird unabhängig</u> Einst Kolonie - nun ein führender Staat Afrikas	72
4	<u>Adenauers Marionetten</u> Zur Ernennung von Aufsichtsratsmitgliedern für das "Deutschland-Fernsehen"	52
5	<u>Eichmann war schlimmer als Himmler</u> Ein Gespräch in Berlin mit Dipl. Ing. Andreas Biss aus Budapest Von H. G. Sellenthin	45
6 - 7	<u>Sozialdemokraten in der Verantwortung</u> Aufbeuleistungen in deutschen Städten Neustadt an der Weinstraße - <u>die Weinmetropole Westdeutschlands</u> Von Oberbürgermeister Edwin Hartmann * * * *	85

"Chudak" Brandt

sp - Die Parteizentrale der CDU ist mit ihrer Sorge um die Kanzlerkandidatur Willy Brandts nicht allein. Es ist, als ob ein Steinschlag einen Tümpel aufgestauten Wassers getroffen hätte. Die Wellen der Zustimmung und der Beunruhigung, die dadurch ausgelöst wurden, pflanzen sich ringförmig nach allen Seiten fort. Dieser Wellenschlag, der Pankow nicht unberührt ließ, hat mittlerweile auch Prag erreicht. Das Zentralorgan der tschechoslowakischen Kommunisten, "Rudo Pravo", nahm den Kapitän der SPD-Mannschaft ganz gehörig unter die Lupe; es stellte seinen Lesern Willy Brandt als "Chudak" vor, als armer Teufel. Da wird "enthüllt", der Regierende von Berlin habe kürzlich die Stromtarife in Berlin erhöhen lassen, um sich mit einigen anderen Arbeiterführern gehörig zu bereichern. So gilt - immer nach "Rudo Pravo" - Brandt nicht nur als "sozialdemokratischer Klassenverräter", er gilt als "kapitalistischer Ausbeuter".

Diese infame Verleumdung eines sozialdemokratischen Führers ist nicht allein auf dem Mist des tschechoslowakischen Kommunistenblattes gewachsen. Sie gehört zur kommunistischen Gesamtstrategie, deren Väter in Pankow sitzen. Wie in den schlimmsten Zeiten der Weimarer Republik finden sich die Sudelköche aus allen demokratie-feindlichen Lagern zusammen, um einen Mann und seine Partei herabzusetzen, auf die sich die Hoffnungen der deutschen Demokratie konzentrieren.

Wollen sich die amerikanischen Kapitalisten ebenfalls an der Stromversorgung der Westberliner bereichern? Hoffentlich fällt den Mitgliedern der "Jungen Union", die Willy Brandt auftragsgemäß herabsetzen müssen, angesichts dieser Prager Enthüllungen ein Stein vom Herzen. Sie werden doch ihr christlich-soziales Gewissen kaum mit der Schuld belasten wollen, die von Prag und Pankow vorausgesagte Blütezeit des Kapitalismus unter einem Bundeskanzler Willy Brandt verhindert zu haben.

Welche Groteske: Für die aus Goethels Küche kommenden Schmierfinken der deutschen Rechte gilt Brandt als eine sozialistische Gefahr; für die deutschen Kommunisten und ihren internationalen Anhang ist Brandt ein "Agent des Kapitalismus und Verräter der Arbeiterklasse" - wahrhaft ein unheiliges Bündnis zweier Extreme, durch den Haß zusammengehalten.

Anscheinend hat nicht nur Ulbricht bei einem sozialdemokratischen Wahlsieg für seine Autorität zu befürchten, auch dem internationalen Kommunismus mit seinen Ablegern käme ein sozialdemokratischer Bundeskanzler Willy Brandt höchst ungelogen. Sie wollen - um mit ihrer eigenen verlogenen Terminologie zu sprechen - lieber die "Militaristen und Revanchisten" weiter in Bonn an der Macht haben, als den Erfolg einer der Freiheit, dem Frieden und der sozialen Gerechtigkeit verpflichteten Partei. Das "Rudo Pravo" hat sich und seinesgleichen demaskiert; dafür können die deutschen Demokraten nur dankbar sein.

+ + +

Bürger-Krieger

sp - Das Ostberliner Fernsehen machte Donnerstagabend in "Fröhlichkeit", als es die Enthüllungen des übergelaufenen Hauptmanns der sogenannten Volksarmee, Malikowski, als den "größten Witz des Jahrhunderts" bezeichnete.

Nun, so fröhlich war das, was Herr Malikowski zu berichten hatte, wieder nicht, aber es war auch nicht neu. Schließlich weiß man schon seit geraumer Zeit, daß die sogenannte Volksarmee auf Bürgerkrieg getrimmt wird, und wenn die Propagandafunktionäre der SED einmal ihre eigenen Zeitungen studieren würden, in denen, schon sorgfältig gefiltert, Manöverberichte und die Anlage von Kampfgruppenübungen geschildert werden, dann dürften sie sich eigentlich selbst, denn diese Veröffentlichungen sind wohl kaum für die Witzspalte vorgesehen.

Die Enthüllungen des ehemaligen Hauptmanns haben insofern etwas Gutes, als sie zeigen, daß diese Armee alles andere als eine "Gartenlaube" ist, sondern im Gegenteil, wie die Politik der Pankower aggressiv ist. Nach dem unsinnigen Blitzkriegsgerede, das die Pankower schon seit Monaten bis zur Hysterie gesteigert haben, ist es auch gut, wenn damit aller Öffentlichkeit gezeigt wird, wessen Geisteskind diejenigen selbst sind, die ihr eigenes Volk und die Weltöffentlichkeit mit der Blitzkriegspropaganda verhetzen.

Die Feststellung der Tatsachen, was die Pankower Militärherren am grünen Tisch ausbrüten, ist gerade in diesem Zusammenhang unumgänglich. Nur an eine Nebenwirkung sollte man denken: Die Bevölkerung in Mitteleuropa glaubt die Lüge vom Blitzkrieg der Bundeswehr ohnehin nicht. Die Pankower Propaganda aber ist auf Nervenkrieg gegen die westdeutsche Bevölkerung ausgerichtet. Das sollten wir nicht vergessen.

+ + +

Nigerien wird unabhängig

sp - Am 1. Oktober 1960 erlangt die Föderation von Nigerien, bis dahin eine britische Kronkolonie mit innerer Selbstverwaltung, ihre staatliche Unabhängigkeit. Das Land, das mit 34,6 Millionen Einwohnern zu den volkreichsten Teilen Afrikas gehört und dessen Reichtum an mineralischen Vorkommen und landwirtschaftlichen Produkten ihm einen gewichtigen Platz in der Weltwirtschaft sichert, wird ohne Zweifel eine bedeutende Rolle bei der künftigen Gestaltung der politischen und sozialen Verhältnisse südlich der Sahara spielen.

Die Geschichte Nigeriens beginnt nicht erst mit der Errichtung der britischen Kolonialherrschaft gegen Ende des 19. Jahrhunderts. Schon im frühen Mittelalter blühten auf nigerischem Boden die Reiche der Joruba, und zu Beginn der Neuzeit entstanden die islamischen Staaten der Jaussa, zu denen später die Königreiche der Fulbe kamen. Nigerien ist ein altes afrikanisches Kulturland, zu dessen Erbe die verschiedensten Völker des afrikanischen Erdteils beigetragen haben. Die Zeugen der Kultur von Benin sind in aller Welt berühmt.

Jedoch gehört die nigerische Föderation zu jenen Teilen Afrikas, in denen der Übergang zum modernen politischen Leben mit den Formen, wie sie das industrielle Zeitalter entwickelt hat, bis jetzt ohne gewaltsame Erschütterungen vorsichgegangen ist. In den letzten Jahren hat sich in allen Regionen des Landes ein ungemein reges politisches Organisationsleben herausgebildet, in dem die verschiedenen Parteien und die Gewerkschaften eine grosse Rolle spielen. Nicht zuletzt ist es diesem Umstand zuzuschreiben, daß Nigerien schon 1957 für die Ost- und Westregion und 1959 für die Nordregion seine innere Selbstregierung erhielt. Der Demokratisierungsprozess im Lande hat vor allem darin seinen Ausdruck gefunden, daß bei den Wahlen zum Repräsentantenhaus der Föderation alle Einwohner Nigeriens stimmberechtigt waren, also nicht mehr nur wie in früheren Zeiten die steuerpflichtigen Einwohner. In jeder der drei Regionen haben sich Parteien formiert, die jedoch nicht allein in ihrer politischen Aktivität auf die jeweilige Region beschränkt sind. Unter den Parteien ragen besonders hervor: "Northern People's Congress", der in der Nordregion und im Parlament

der Föderation die Mehrheit besitzt und unter Führung des Sardauna von Sokoto steht, die hauptsächlich in der Westregion führende "Action Group" Awawolos und als beherrschende Partei der Ostregion der "National Council of Nigeria and the Cameroons", dessen führender Kopf Dr. Azikiwe ist.

Da die Nordregion mit nahezu 16 Millionen Einwohnern zahlenmässig den grössten Anteil der nigerischen Gesamtbevölkerung stellt, ist auch ihr politisches Gewicht in der Föderation entsprechend. So stellt der "Northern People's Congress" den Premierminister und 9 weitere Minister der Föderationsregierung. Inwieweit sich dieses Schwergewicht einmal verschieben könnte, und ob das Verhältnis der Regionen zueinander auch in Zukunft so bleiben wird wie bisher, ist zur Zeit noch nicht abzusehen.

Es ist verständlich, dass wir in der Bundesrepublik den Staatswerdungen in Afrika grosse Aufmerksamkeit schenken, und es bedarf keiner Worte, dass die deutsche Sozialdemokratie die Unabhängigkeit der Föderation von Nigeria mit Freude begrüsst, denn die Freiheit der Völker und das Recht auf Selbstbestimmung, das sind Prinzipien, denen sich die SPD seit ihrem Bestehen verschrieben hat. Für den Bestand einer in Frieden und Freiheit gesicherten Welt ist es notwendig, dass wir mit den Nationen und Staaten des neuen Afrikas in echter Partnerschaft zusammenarbeiten, wobei der Respekt und die Achtung vor der Eigenständigkeit des anderen Richtschnur unseres Handelns ist.

Die Unabhängigkeit Nigeriens ist ein Resultat des grossen nationalen Emanzipationsprozesses, der Afrika erfasst hat. Die damit verbundenen sozialen und wirtschaftlichen Umschichtungen und Veränderungen lassen notwendigerweise Probleme entstehen, die in vielen Fällen die Kraft eines einzelnen Landes übersteigen können. Hier gilt es zusammenzuarbeiten, sowohl von Land zu Land wie durch die Vereinten Nationen.

Das Vorhandensein starker demokratischer Kräfte in Nigeria dürfte ohne Zweifel eine Garantie sein, dass die nationale Unabhängigkeit der Beginn einer friedlichen Zukunft des Landes ist, wobei hierdurch ein weiteres Beispiel für den Aufbauwillen der afrikanischen Völker gegeben werden könnte. Die deutsche Sozialdemokratie wünscht dazu ein gutes Gelingen.

Adenauers Marionetten

J.F.W. Die Ergebnisse der politischen Meinungsumfragen und mehr noch das Wissen um die eigenen Misserfolge, um das Versagen gegenüber den brennenden Problemen der Außen-, Innen- und Sozialpolitik, zwingen Adenauer, sich nach Hilfe für den Bundestagswahlkampf des nächsten Jahres umzusehen. Der Wahlsieg, der aus der Abstimmung der deutschen Wähler über die CDU-Politik der letzten Jahre nicht zu erwarten ist, soll durch taktische Tricks erschlichen werden. Nur aus dieser Absicht ist der hartnäckig fortgesetzte Versuch des Kanzlers zu begreifen, sich um jeden Preis sein Privatfernsehen als Instrument der Wahlpropaganda zu schaffen.

Die Klagen der Länder vor dem Bundesverfassungsgericht, des Rundfunks vor dem Verwaltungsgericht, wären für die Regierung jedes anderen Rechtsstaates Grund genug, das weitere Herumbasteln an der neuen Fernsehkonstruktion einzustellen, bis das oberste Gericht entschieden hat. Nicht so für die Bundesregierung, deren Chef nach eigenem Geständnis nicht "pingelig" mit der Macht ist. Gegenüber der Absicht mit dem weiteren Ausbau der "Deutschland-Fernseh GmbH", Tatbestände zu schaffen, die der Karlsruher Senat berücksichtigen muss, gegenüber der Hoffnung, so das Urteil des Verfassungsgerichtes beeinflussen zu können, wiegt bei der Bundesregierung ein Verfahren schlechtesten politischen Stils gering, das der Sprecher des SPD-Vorstandes als Erpressungsversuch gegenüber Karlsruhe kennzeichnete.

Der neueste Schritt auf diesem Wege ist die Auswahl der Kandidaten für den Aufsichtsrat der "Deutschland-Fernsehen-GmbH", die nach dem vorgesehenen Terminplan in der ersten Gesellschafterversammlung am 20. September berufen werden sollen. Ein Vorgang, der nicht mehr als formale Bedeutung hat, da Dr. Konrad Adenauer alleiniger Gesellschafter ist, eine Abstimmung also entfällt.

Die bekannt gewordenen Kandidaten für die zehn Aufsichtsratssitze, die die Bundesregierung von den fünfzehn vorgesehenen besetzen will, passen durchaus in das Bild des Adenauerschen Fernsehens. Es sind höchst achtbare Damen und Herren, ein Bundestagsabgeordneter der CDU (wollte Minister Schäfer nicht einmal die Politiker aus dem zweiten Fernsehen heraushalten?), Professoren, Wirtschaftler, Industrielle, Verbandsfunktionäre, kurz ein Querschnitt gehobener gut-bürgerlicher Gesellschaft. Im Führungszugnis würde stehen, Nachteiliges wurde nicht bekannt. Ebenso wenig aber wurde bekannt, dass auch nur einer der zehn je etwas tat, schrieb oder ausserte, was auch nur um Haarsbreite von der Linie der CDU abgewichen wäre.

Dies erwiesene Wohlverhalten im Sinne des Alleingeschafters der neuen Fernseh-GmbH, war der Masstab, nach dem die Kandidaten ausgesucht wurden. Es sichert die Willfährigkeit des neuen Aufsichtsrates, an der sich auch durch die noch hinzukommenden fünf Vertreter der Kirchen und der Sozialpartner nichts mehr ändern kann. Und sollte wirklich, was allerdings kaum vorstellbar ist, in diesem Aufsichtsrat einmal Widerstand gegen die Absichten, die Adenauer mit seinem Fernsehen verfolgen will, bemerkbar werden - es ist dafür gesorgt, das ein solches Aufbegehren wirkungslos bleibt. Alle Entscheidungsbefugnisse liegen für diesen Fall in der Hand des alleinigen Gesellschafters, Dr. Konrad Adenauer bestimmt ausschließlich über seine Gesellschaft. Er hält die Fäden in der Hand, an denen die Marionetten des Aufsichtsrates tanzen müssen.

Eichmann war schlimmer als Himmler

Von H.G. Sellenthin

Vor mir sitzt ein grosser freundlicher Herr aus Budapest, dessen Deutsch nur wenig an seine ungarische Herkunft erinnert, schon seit längerer Zeit lebt er in Berlin: Dipl. Ing. Andreas Biss. Er ist vor wenigen Wochen plötzlich ins Licht der Öffentlichkeit getreten, das er nie gesucht hat, weil er einer der stillen Helden in schwerer Zeit war, ihm verdanken viele tausend jüdische Menschen in Ungarn ihre Rettung in den letzten Kriegsjahren. Andreas Biss, selbst jüdischer Herkunft, aber schon als Kind in christlichem Haushalt erzogen, gehört zu den wenigen Überlebenden Zeugen, die entscheidende Verhandlungen mit dem heute in Israel in Haft befindlichen Adolf Eichmann zur Rettung jüdischer Menschen geführt hat. Von ca. 900 000 ungarischer Juden sind nur etwa 300 000 nach seinen Angaben am Leben geblieben, 140000 wurden durch Aktionen der zionistischen Organisation "Vaada" gerettet, deren Unternehmungen Biss entscheidend mitleitete. Die restlichen 160 000 konnten überleben, weil die "Vaada" durch ihre Verhandlungen mit der SS-Führung in Budapest deren Vernichtung bis zur Befreiung des Ghettos hinauszögern konnte.

Es waren vor allem drei Männer, die Andreas Biss am Ende die ganze Entscheidungsgewalt nach erfolgreichem Wirken zur Menschenrettung übertragen mußten: Otto Komoly, Dr. Rezsó Kasztner und Joel Brand. Die Geschichte dieser Rettung, die "Geschäfte mit dem Henker" sind bereits bekannt geworden, vor allem durch Alex Weißbergs Buch "Die Geschichte von Joel Brand" (1956 im Verlag Kiepenheuer und Witsch, Köln), in dem auch Dokumente der Verhandlungen von Andreas Biss mit der Budapest SS-Führung abgedruckt worden sind. Biss hat vor wenigen Wochen in der internationalen Zeitschrift "Der Monat" und der in Paris erscheinenden Revue "Evidences" des American Jewish Committee wertvolle Einzelheiten zu der grössten Menschenrettungsaktion des letzten Krieges bekannt gemacht.

Andreas Biss gehört heute zu den freundlichsten Mittlern der deutsch-jüdischen Begegnung und Aussöhnung, die in Berlin und in der Bundesrepublik leben. Er war einer der wenigen aktiven Gegenspieler Adolf Eichmanns. Nachdem Dr. Kasztner 1944 aus der Schweiz nicht mehr nach Budapest zurückkehren konnte, verhandelte Biss noch mit Eichmann an dem Tage, an dem dieser unheimliche SS-Verbrecher die Stadt endgültig verließ, weil die Russen herannahten.

Die entscheidenden Fakten, die Dipl. Ing. Biss glaubhaft machen kann, sind die Tatsache, daß Eichmann in seinem Vernichtungsdrang noch über Himmler hinaus ging und im Übrigen Himmler - sei es aus Besitzdrang, sei es aus vorsorgendem Mißtrauen gegenüber dem "Endsieg" - zu Verhandlungen bereit war, so entstand die Groteske, daß man Eichmann mit Himmlers Verboten schrecken mußte. Die Männer des "Vaada" spielten die beiden konkurrierenden SS-Gewaltigen gegeneinander aus, um Menschen zu retten, was zu einem gewichtigen Teile auch gelang. Biss ist einer der wichtigsten Zeugen des kommenden Eichmann-Prozesses.

+ + +

Neustadt an der Weinstraße -
die Weinmetropole Westdeutschlands

Von Oberbürgermeister Edwin Hartmann

Obgleich die Weinmetropole, die seit der Wahlen im Jahre 1948 unter sozialdemokratischer Führung steht, den Krieg mit verhältnismäßig geringen Zerstörungen überdauert hatte, waren der Gemeindeverwaltung von vornherein mindestens dieselben schwierigen Aufgaben gestellt, wie anderen vergleichbaren Städten in der Pfalz mit weit höheren Zerstörungsgraden. Diese Tatsache findet ihre Begründung vor allem darin, daß Neustadt an der Weinstraße zwar landschaftlich schön, aber städtebaulich ungünstig zwischen den Bergen eingebettet liegt und zudem im Vergleich zu allen anderen pfälzischen Städten über die geringste Gemarkungsfläche verfügt. Das ergab und ergibt weiterhin in zunehmendem Maße eine Baulandnot, die der baulichen Entwicklung nicht gerade dienlich ist.

Dennoch war es möglich, die ärgste Not zu beheben. Mit einer Gesamtbausumme von rund 500 Millionen Mark wurden nach Wiederherstellung der 900 leicht- und 120 schwerbeschädigten Wohnungen fast 4 000 neue Wohneinheiten erstellt, so daß der Bestand an Wohnungen von 7 000 im Jahre 1948 auf jetzt 11 000 anstieg. Nicht weniger als rund 15 Millionen Mark hatten hierzu die Stadtverwaltung und die ihr gehörende Gemeinnützige Baugesellschaft beisteuern können. Noch immer ist die Wohnungsnot beträchtlich, doch darf nicht übersehen werden, daß im gleichen Zeitraum die Bevölkerungszahl von 23 000 auf 32 500 angestiegen war, und daß allein in den Jahren 1950 und 1951 über 4 000 Heimatvertriebene in die Stadt geströmt waren. Obwohl dauernd neue Zonenflüchtlinge hinzukommen, besitzt Neustadt schon lange keine überfüllten Massenlager mehr, auch sind kaum noch doppelt belegte Wohnungen und damals schnell eingerichtete Notunterkünfte vorhanden. Da aber unter den 3 000 Wohnungssuchenden noch etwa 1 500 - meistens neugegründete Familien - keine eigene Wohnung besitzen, wird die künftige Kommunalpolitik der SPD in verstärkter Weise auf den Wohnungsbau ausgerichtet sein, wobei sie nicht verkennt, daß die noch fehlenden 1 500 Wohnungen einen Aufwand von weiteren etwa 50 Millionen Mark erfordern.

Das zweite, nicht minder schwerzulösende Problem ist die Ordnung der Verkehrsverhältnisse. Neustadt hatte nach dem Kriege hinsichtlich der Straßendecken, der Bürgersteige, der Erneuerung und Erweiterung von Versorgungsleitungen ein trauriges Erbe angetreten und einen Nachholbedarf zu bewältigen, der die unwahrscheinlich klingende Summe von rund 120 Millionen Mark verschlang, was mehr als 3 800 Mark je Kopf der Bevölkerung entspricht. Mit Genugtuung darf dabei festgestellt werden, daß in all' den verfloßenen Jahren die lebendige Initiative der SPD, oder zumindest ihre aktive Mitarbeit, wirksam geworden war.

Die Bemühungen gehen weiter und werden auch auf diesem Gebiet in der kommenden Legislaturperiode Richtschnur für die SPD sein. Sie wird in erster Linie danach streben, den bedrohlich zunehmenden Durchgangsverkehr durch mehrere Großprojekte zu meistern. Dazu gehört neben dem bereits in Gang gekommenen Ausbau der Landauerstraße auf einer beson-

ders wichtigen Teilstrecke die Schaffung einer Paralleldurchgangsstraße durch Verwirklichung des schon viele Jahre bestehenden Bachgängenprojekts und vor allem der Bau der Umgehungsstraße entlang der nördlichen Anhöhe des Haardtgebirges. Hier wird es vornehmste Aufgabe aller Kommunalpolitiker sein, Bund und Land immer wieder darauf anzusprechen, daß nur die Beseitigung des schienengleichen Überganges im Westen der Stadt und die nördliche Umgehungsstraße - beides Aufgaben der Zentralverwaltungen - geordnete Verhältnisse im überörtlichen Verkehr bringen können. Nur so wird es auch möglich sein, der katastrophalen Parkplatznot zu begegnen, die nicht zuletzt dadurch bedingt ist, daß der Kraftfahrzeugbestand der Stadt von 500 im Jahre 1949 auf jetzt nahezu 5 000 angestiegen ist.

Ebenso unerfreulich, wie die Wohnungs- und Verkehrslage, waren nach dem Kriege auch die Schulverhältnisse. Anfänglich waren die meisten Schulräume von den Besatzungsmächten beschlagnahmt, dann nach der Freigabe erwies es sich, daß nicht weniger als 25 Klassenzimmer fehlten, nachdem die Bevölkerung gegenüber dem Vorkriegsstand um 50 Prozent zugenommen hatte. Der Initiative des für das Schulwesen zuständigen SPD-Bezernenten ist es zu danken, daß hier besonders in den letzten drei Jahren gründlich Wandel geschaffen wurde. Das "Neusprachliche und Naturwissenschaftliche Gymnasium" erhielt einen ausreichend großen Anbau, auf der Hanbacher Höhe wurde mit Beginn des Schuljahres 1960 eine neue vierklassige Volksschule eröffnet, und im Osten der Stadt entstand eine moderne Berufsschule, deren zweiter Bauabschnitt seiner Vollendung entgegengeht. Vier Millionen Mark wurden für Neubauten und 250 000 Mark für Instandsetzungen ausgegeben. Darüber hinaus sind aber bereits die Mittel für eine neunklassige Volksschule in der östlichen Vorstadt vorhanden, deren Bau demnächst beginnt.

Neben vielen anderen mit Erfolg gemeisterten Aufgaben ist noch erwähnenswert die Errichtung eines Wirtschaftstraktes beim Städtischen Krankenhaus, den jetzt ein in Bau befindliches Schwesterwohnheim und im zweiten Bauabschnitt der bereits beschlossene große Bettentrakt folgen. Für diese Bauvorhaben wurden und werden rund 5,2 Millionen Mark aufgewendet.

Eine beachtliche Entwicklung nahm in Neustadt das kulturelle Leben, das neben den Theatergastspielen von hohem Niveau besonders durch die Konzerte der Stadt nachhaltiges Echo in weiter Umgebung der Stadt fand. Voraussetzung hierfür war der grundlegende Umbau des Saalbaus, der mit einem Aufwand von 1,5 Millionen Mark wieder zu der repräsentativen Stätte wurde, die er in den früheren Jahrzehnten war.

- + +

Verantwortlich: I.V. Albert Exler